



freie demokratische korrespondenz

Pressedienst der
Freien Demokratischen Partei
Reinhardtstr. 14
10117 Berlin

Tel: (0 30) 28 49 58 - 41 / - 43
Fax: (0 30) 28 49 58 - 42
e-mail: presse@fdp.de
Internet: www.fdp.de

Verantwortlich:
Wulf Oehme
Sprecher der FDP
Tel: (030) 28 49 58 41

Ausgabe 477
13.11.2011

Beschluss des FDP-Bundesparteitages

FDP-Sprecher WULF OEHME teilt mit:

Berlin. Der Bundesparteitag der Freien Demokratischen Partei hat im Rahmen der Beratung des Leitantrages „Für die lernende Gesellschaft – 13 Thesen liberaler Bildungspolitik“ beschlossen:

„Der Bildungsföderalismus muss sich auf seine Stärke besinnen. Derzeit existieren 16 verschiedene Schulsysteme mit den verschiedensten Schulformen. Transparenz und Vergleichbarkeit sind oft nicht gegeben. Bildungssysteme in einem föderalen System müssen nicht gleich sein, sondern wichtiger ist, dass die vergleichbar sind. Klares Ziel muss es sein, die Bildungsmobilität zu verbessern. Die bisherigen Fortschritte der Bundesländer sind unzureichend. Die vom Institut für die Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) entwickelten Bildungsstandards müssen in allen Ländern und Schulformen konsequent umgesetzt werden. Wie diese Standards erreicht werden, soll der Eigenverantwortung der Bildungseinrichtungen und Länder überlassen sein.

Für mobilitätsbedingte Schulwechsler müssen darüber hinaus an den Schulen reguläre individuelle Betreuungsangebote zur Heranführung an den jeweiligen Lehrplan geschaffen werden. Dies gilt insbesondere für die Kernfächer.

Wir wollen die freiwillige Zusammenarbeit der Bildungsminister der Länder durch einen Bildungsstaatsvertrag stärken. Dieser schafft einen gemeinsamen Rahmen für die Schulbildung in allen Ländern. Dazu gehören beispielsweise Bildungs- und Kompetenzstandards nach der vierten, sechsten und neunten Klasse ebenso wie verbindliche inhaltliche Standards über die Abschlüsse des Sekundarbereichs I. Ein gemeinsamer Aufgabenpool für Abiturprüfungen soll die Vergleichbarkeit des Abiturs erhöhen. Ebenso müssen Einschulungskorridore und der Beginn des Fremdsprachenunterrichts vereinheitlicht werden. Der Bildungsstaatsvertrag soll die Vergleichbarkeit von Abschlüssen festschreiben, qualitative Leistungsstandards festlegen und eine vergleichbare Lehrerausbildung sichern. Nur mit diesen einheitlichen Rahmenbedingungen können die Bundesländer Mobilität erhöhen und gleichzeitig ihren Anspruch auf die Kultushoheit rechtfertigen. Dafür muss aber ein flexibleres Instrument geschaffen werden, als es derzeit das Ständige Sekretariat der

Kultusministerkonferenz darstellt. Die FDP will die „Ständige Konferenz der Kultusminister“ (KMK) durch eine schlanke Bildungskonferenz der Länder ersetzen. Das Sekretariat der KMK wird in der Folge aufgelöst.

Die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen und der Pädagogische Austauschdienst werden beim Bundesministerium für Bildung und Forschung angesiedelt. Die Koordinierung für Schulen Hochschulen, Forschung und Kultur sowie Stellungnahmen in europäischen Angelegenheiten werden in jährlichem Wechsel durch eines der Bundesländer wahrgenommen. Die Überprüfung der abgestimmten einheitlichen Rahmenbedingungen erfolgt durch eine unabhängige Bildungsberichterstattung.“